Baumwolle für die Rue Monceau

Ein Unternehmen aus der Kolonialzeit wird privatisiert - zum Schaden der afrikanischen Erzeuger

Von Olivier Piot

Ein altmodischer Schriftzug ziert das schlichte Firmenschild von Dagris an einer Häuserfassade in der Rue Monceau in Paris. Dagris steht für “Développement des agro-industries du Sud”. So nennt sich seit 2001 das Unternehmen, das 1949 als CFDT (“Französische Gesellschaft für die Entwicklung von Textilfasern”) gegründet wurde. Die Initialen wie auch die Geschäfte von Dagris blieben der französischen Öffentlichkeit bis heute weitgehend unbekannt. Allenfalls ein paar Fachleute wissen etwas über diese große, auf afrikanische Baumwolle und Ölpflanzen spezialisierte Unternehmensgruppe.

Kein Wunder, dass sich im Januar 2006 nur wenige Interessenten meldeten, als die Regierung von Dominique de Villepin die Privatisierung des Unternehmens einleitete. Und als im Februar 2007 im Haus von Wirtschaftsminister Thierry Breton in aller Stille das Übernahmepaket geschnürt wurde, waren die französischen Medien auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen fixiert. Eine Handvoll Mitarbeiter von Dagris versuchte dennoch nach Kräften, die Öffentlichkeit auf die skandalöse Dimension dieser Privatisierung aufmerksam zu machen. Deren Folgen reichen nämlich weit über die französischen Grenzen hinaus,(1)denn Frankreich zieht sich genau in dem Augenblick zurück, da der afrikanische Baumwollsektor, der rund 20 Millionen Menschen ernährt, eine der größten Krisen seiner Geschichte durchlebt.(2)

Bei Dagris handelt es sich um ein kleines Imperium, das manche auch als Relikt aus der Kolonialzeit bezeichnen. Das Unternehmen hat zwar den Nimbus, den es nach dem Zweiten Weltkrieg noch besaß, schon längst verloren. Aber noch immer dirigiert die Zentrale in Paris ein Netz von zwanzig Tochterunternehmen auf mehreren Kontinenten. Besonders stark ist die Unternehmensgruppe im subsaharischen Afrika vertreten. Mit insgesamt etwa 2 000 Mitarbeitern erzielte sie 2005 einen Umsatz von 336,1 Millionen Euro und einen Nettogewinn von 2,9 Millionen Euro. Das Handelsunternehmen der Gruppe, die Copaco, absorbierte im Jahr 2005 fast 20 Prozent der afrikanischen Baumwollernte, von der es zwei Drittel nach Asien exportierte.

Dagris hat damit das Erbe der großen staatlichen Holding CFDT angetreten, über die der französische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg die Exportwege der Baumwolle aus den Subsahara-Ländern aufbaute und dann noch jahrzehntelang kontrollierte. Damit wurde sie auch zu einem Eckpfeiler der “Françafrique”, jenem undurchsichtigen Geflecht französisch-afrikanischer Wirtschaftsbeziehungen, das entstand, als Frankreich in der Phase des Wiederaufbaus nach 1945 seine Unabhängigkeit bewahren wollte. Dazu gehörte auch, die Abhängigkeit von Baumwolle aus den USA zu überwinden und die eigene Textilindustrie zu fördern.

Die CFDT war eine mehrheitlich staatliche Aktiengesellschaft, der zwei Funktionen zugeschrieben waren. Sie sollte als Instrument der Entwicklungshilfe für die Überseegebiete dienen und zugleich das Mutterland mit den nötigen Rohstoffen beliefern. Dabei war ihre Strategie darauf gerichtet, eine komplette Wertschöpfungskette für die Baumwolle in der Franc-Zone aufzubauen. Dazu gehörten ein System der Betreuung der Produzenten etwa durch Kreditvergabe für die Inputs – Dünger, Saatgut, Insektizide -, eine innovative Anwendungsforschung durch das Zentrum für internationale Kooperation in der agronomischen Forschung (Cirad), die Beteiligung eines technisch-operativen Partners, eben der CFDT, sowie

einen Geldgeber für den Fall von schlechten Ernten, die Coopération française. Die Staaten gewährten den Baumwollgesellschaften in der Franc-Zone ein Recht auf einen garantierten Mindestpreis, unabhängig von der Entfernung der Lieferregionen.(4) Dadurch hatten die afrikanischen Bauern eine gewisse Einkommensgarantie und konnten die Kredite bedienen, die sie für Saatgut und andere Güter aufgenommen hatten.

Nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien begann Anfang der 1960er-Jahre eine ganz neue Form der Zusammenarbeit. Die CFDT wurde Partner der jungen afrikanischen Staaten. Durch Beteiligungen von 20 bis 40 Prozent an rund zehn staatlichen Gesellschaften verwandelte sich das französische Unternehmen schrittweise in eine agroindustrielle Holding. Mit der Aufgliederung in die Bereiche Agrar-Engineering, Industrie, Finanzen und Handel sicherte die CFDT den Transfer von Know-how, kümmerte sich um die Erschließung von Absatzmärkten und förderte den Bau von Entkörnungs- und Ölfabriken.(5) Anders als in den Industrieländern ist der Baumwollanbau in Westafrika kaum gewinnorientiert organisiert: Kleinproduzenten bewirtschaften Flächen von meist unter einem Hektar, wobei die Baumwolle mit dem Anbau von Nahrungsmittelkulturen kombiniert wird. Bei der Ernte helfen unbezahlte Familienmitglieder mit.

Eine Erfolgsgeschichte wird abgewürgt

“Jahrzehntelang waren wir ein hervorragendes Instrument der Entwicklungszusammenarbeit”, betont Reynald Evangelista, der bei Dagris im Betriebsrat sitzt. “Die Erfolgsgeschichte der afrikanischen Baumwolle, die Umsätze und die Entwicklung der ländlichen Gebiete galten immer als beispielhaft, weil sie in dieser Region der Welt einen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sondergleichen bedeuteten.” Dazu einige wichtige Zahlen: Im Wirtschaftsjahr 1960/61 lag die Produktion von Baumwollsamen in den Staaten der Franc-Zone, in der die CFDT tätig war, bei 180 000 Tonnen. 2005/2006 betrug sie 2,2 Millionen Tonnen, also das Zwölffache. 2004 erzielte Benin 75 Prozent seiner Exporteinnahmen mit Baumwolle, in Burkina Faso waren es 60 und in Mali 50 Prozent.

Diese französisch-afrikanische Erfolgsgeschichte hat jedoch eine Kehrseite: Durch seine enge Verflechtung mit der geschilderten Produktions- und Vertriebskette verschaffte sich der französische Staat quasi eine Monopolstellung, die den Baumwollsektor seiner ehemaligen Kolonien weitgehend von ihm abhängig machte. Dagris erzeugt die Baumwollsamen, kauft fast die gesamte Ernte auf, garantiert den Bauern stabile Preise, versorgt Millionen Familien mit Baumwollsamenöl – wichtig für die Herstellung von Lebensmitteln – und unterstützt die Viehzucht durch Futtermittel, die aus Abfallprodukten der Baumwollernte gewonnen werden. Aufgrund dieser verschiedenartigen Aktivitäten kommt dem Unternehmen eine beträchtliche Verantwortung zu.
In den 1980er-Jahren wurde diese dominante Position erstmals erschüttert. Die Strukturanpassungspläne von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zwangen die afrikanischen Länder zur Privatisierung ihrer Staatsunternehmen. In den Augen der Kreditgeber passte die “Gesamtkette” nicht in die Logik der freien Marktwirtschaft: Sie sei “ein suboptimales (sprich: ineffizientes) Modell und bringe die Erzeuger um einen Teil der Wertschöpfung, die sie in einem Wettbewerbssystem erzielen könnten”.(6) Ende der 1990er-Jahre scheiterte der Versuch der CFDT, Privatisierungen zu verhindern, die aus ihrer Sicht zu einer gefährlichen Zerstückelung der Produktionskette führen mussten.(7) Dennoch nutzte sie den Privatisierungsprozess zu ihrem Vorteil durch Mehrheitsbeteiligungen an einer Reihe von Unternehmen: 52 Prozent an der Sodefitex in Senegal, 51 Prozent an der Socoma in Burkina Faso, 60 Prozent an der Gamcot in Gambia, 90 Prozent an der Hasyma auf Madagaskar, 60 Prozent an der Somecoton in Algerien. Innerhalb von zehn Jahren ging die Mehrzahl der afrikanischen Baumwollgesellschaften in private Hand über. Auch die letzte große Bastion, die CMDT in Mali, deren Privatisierung im Lande selbst heftig umstritten ist(8), dürfte spätestens

Anfang 2008 aus dem staatlichen Sektor herausgelöst werden.

In der Zwischenzeit hatte auch Paris auf Drängen der Weltbank beschlossen, sich der Logik der freien Marktwirtschaft zu unterwerfen. Dieser 2003 begonnene Prozess endete im März 2005 mit einer Verordnung, die “den Übergang (von Dagris) vom staatlichen zum privaten Sektor” genehmigte. Das Finanzhaus Rothschild & Cie wurde zur Beraterbank des Staates. Die Beschäftigten am Sitz von Dagris in Paris erhoben von Anfang an Bedenken. “Das Wirtschaftsministerium hatte sich eindeutig verpflichtet, die Interessen der Unternehmensgruppe zu wahren und ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit dauerhaft zu sichern”, unterstreicht Evangelista. Die Operation endete jedoch mit einem glatten Ausverkauf ohne jegliche Garantie in Bezug auf die künftigen Unternehmensziele.

Am 27. Februar 2007 wurden die staatlichen Anteile (64,7 Prozent) an Dagris für 7,7 Millionen Euro komplett an ein Konsortium namens Sodaco übertragen. Wenig später bezeichnete der Betriebsrat in einem Schreiben an Minister Thierry Breton die Übergabekonditionen als “skandalös” und als “betrügerisches Manöver, bei dem Staat und Dagris-Mitarbeiter über den Tisch gezogen wurden”.

Der Betrieb ist plötzlich nichts mehr wert

Ein Gewerkschaftsvertreter erklärte dazu: “Wir hatten eigene Berechnungen angestellt. Unser Unternehmen erzielte 2005 einen konsolidierten Umsatz von 336 Millionen Euro und wurde mit mehr als 105 Millionen Euro bewertet. Wie kann man nur ein Jahr später auf den lächerlichen Betrag von nicht mal 8 Millionen Euro kommen?” Das würde heißen, dass die gesamte Gruppe nur 12 Millionen Euro wert ist. “Es ist falsch, hier von einem Rückkaufspreis von 7,7 Millionen Euro zu sprechen”, wehrt sich Antoine Gendry, der künftige Firmenchef und Minderheitseigner. “Schließlich haben wir uns verpflichtet, neben diesem Betrag in den nächsten Jahren je nach erzieltem Gewinn 15 bis 20 Millionen Euro an den Staat abzuführen.”

Für die Beschäftigten von Dagris jedoch stimmt die Rechnung immer noch nicht. “Denken Sie allein an unseren Firmensitz in Paris mit seinen über 4 000 Quadratmetern Bürofläche. Er liegt schließlich in einem Sanierungsgebiet und hat einen geschätzten Marktwert von 35 bis 50 Millionen Euro”, erklärt der Gewerkschafter. Ganz zu schweigen vom übrigen Immobilienvermögen der Gruppe: etwa den Büros in Dakar und Spanien, den Geschäftsräumen im Hafen von Le Havre oder den Lagern in Duala (Kamerun) und Conakry (Guinea).

Die Empörung der Beschäftigten ist umso größer, als sie persönlich geschädigt wurden. Auf Anraten der Unternehmensleitung haben die meisten von ihnen beträchtliche Summen, nämlich 7 Prozent des Firmenkapitals, in einen genossenschaftlichen Investitionsfonds eingezahlt. Durch die Unterbewertung des Unternehmens sind ihre Ersparnisse plötzlich nur noch ein Achtel wert. Finanzinspektor Pierre Achard, der im Auftrag des Wirtschaftsministeriums den Privatisierungsprozess begleitet, räumt ein, dass “die Abwertung der Mitarbeiteranteile im Investitionsfonds der Negativpunkt dieser Privatisierung ist”. Im Übrigen pocht der Ministerialbeamte jedoch auf die “strikte Einhaltung” der Verfahrensregeln “einer klassischen einvernehmlichen Übernahme”.

Seit Februar 2006 hatte das Bankhaus Rothschild & Cie. 84 sogenannte Profilbriefe an potenzielle Käufer verschickt, darunter auch an US-amerikanische und afrikanische Gesellschaften. Dreizehn der Adressaten äußerten ihr Interesse an einer Übernahme von Dagris, darunter fünf, die eine Mehrheitsbeteiligung anstrebten.

Nach der Ausschreibung durch die Beraterbank gaben im September 2006 allerdings nur zwei der Interessenten ein verbindliches Angebot ab. “So sind nun mal die Spielregeln”, erklärt

Achard, “den Verkaufspreis bestimmt der Markt.” Zwar habe sich “nicht unbedingt günstig auf die Preisverhandlungen ausgewirkt”, dass am Ende nur noch zwei Gesellschaften im Rennen waren. Und im Oktober 2006 warf auch noch einer der beiden Übernahmekandidaten das Handtuch. “Vergessen Sie nicht, dass Dagris angesichts der Krise der afrikanischen Baumwolle rote Zahlen schreibt”, betont der Finanzinspektor. Wobei er unter den Tisch fallen lässt, dass an die Aktionäre – also vor allem an den Staat – allein 2004 und 2005 mehr als 14 Millionen Euro Dividenden ausgeschüttet wurden.

Am 23. Februar 2007 erteilte der Wirtschaftsminister dem einzigen verbliebenen Bewerber den Zuschlag, dem gerade neu gebildeten Konsortium Sodaco. Dessen Anteile gehören zu 45 Prozent der Sofiproteol, einem auf Öle und pflanzliche Eiweiße spezialisierten Unternehmen, das von der Rothschild-Bank beraten wird, und zu weiteren 45 Prozent der Investmentgesellschaft IDI. Jeweils 5 Prozent der Anteile besitzen Antoine Gendry, der frühere Präsident der Groupe Nord-Est, sowie Patrick Leydet, Präsident der Gesellschaften Dopa und Uninor in der Elfenbeinküste. Die Mitarbeiter von Dagris sorgen sich nun erst recht um ihre Zukunft: “Mit Gendry an der Unternehmensspitze und mit der Unterstützung durch Leydet hat in Wirklichkeit die IDI die Zügel in der Hand”, erklärt der Gewerkschafter. “Die ist allerdings bekannt dafür, dass sie ihre Investitionen ausschließlich an finanziellen Kriterien ausrichtet. Die IDI erzielt zurzeit mit ihren Investitionen in Büroimmobilien eine jährliche Rendite von 20 Prozent. Wie soll das mit unserem öffentlichen Dienstleistungs- und Entwicklungsauftrag vereinbar sein?”
Solche Zweifel wurden seit März 2007 durch eine Reihe von Informationen genährt, die der Betriebsrat ans Licht gebracht hat. Die Sodaco hat tatsächlich angekündigt, das Firmengebäude von Dagris in Paris verkaufen zu wollen. Der Erlös soll es laut Antoine Gendry möglich machen, einen Teil der Unternehmensschulden zu tilgen und zugleich “einen Teil des Erlöses an den Staat zurückzugeben”.

Die Beschäftigten von Dagris stießen allerdings auf problematische Praktiken. Schon früher wurde etwa Patrick Leydet, dem Teilhaber an der Sodaco und Firmenchef der Dopa, von Zeitungen in der Elfenbeinküste vorgeworfen, den dortigen Baumwollbauern Gelder in Höhe von nahezu einer Milliarde Francs CFA (rund 1,5 Millionen Euro) vorenthalten zu haben.(9) Luce Gendry, die Ehefrau von Antoine Gendry, ist gleichzeitig geschäftsführende Gesellschafterin im Bankhaus Rothschild & Cie., das den Staat bei der Privatisierung beraten hat, und Mitglied des Aufsichtsrats bei der Investmentgesellschaft IDI. Auf diesen Interessenkonflikt wiesen auch Wirtschaftsprüfer im Juli 2007 in ihrem Bericht an Betriebsrat und Unternehmensspitze von Dagris hin.(10)

In der Hoffnung, die Spaltung aufhalten zu können, versuchten die Beschäftigten von Dagris Anfang April, eine einstweilige Verfügung gegen die Unternehmensleitung zu erwirken. Die Richter gaben den Beschäftigten einen Monat später Recht und verurteilten die Arbeitgeberseite zur Zahlung von 3 000 Euro an den Betriebsrat wegen Verletzung der gesetzlichen Informationspflicht. “Dieses juristische Zwischenspiel war zwar wichtig, aber nicht entscheidend”, meint allerdings jemand, der den Stand der Dinge kennt: “Nur die öffentliche Hand, also der Wirtschaftsminister, der Staatspräsident oder die Privatisierungskommission, die das Angebot der Sodaco ohnehin noch genehmigen muss, kann jetzt noch den Privatisierungsprozess aufhalten. Neben dem Streit über den Übernahmepreis geht es doch vor allem darum, ob Dagris künftig noch die Baumwollwirtschaft in Afrika unterstützen kann.”

Genau hier liegt der Knackpunkt. Zwischen dem Jahr 2000, in dem ein erster Bericht des Ministeriums die Privatisierung empfahl, und heute machte die afrikanische Baumwollwirtschaft eine der größten Krisen ihrer Geschichte durch: Die Preise für Dünger und Insektizide sind gestiegen, der Wechselkurs von Dollar (der Handelswährung für Baumwolle) zu Euro (an den

der CFA-Franc gekoppelt ist) hat sich ungünstig entwickelt, die europäischen (also die griechischen und spanischen) und insbesondere die US-Baumwollproduzenten werden öffentlich subventioniert. Seit 2003 treibt das Zusammenwirken dieser drei Faktoren die 20 Millionen von der Baumwolle abhängigen Menschen in Afrika in eine Existenzkrise. Während der Weltmarktpreis für Baumwolle zwischen 2004 und 2006 um 17 Prozent gesunken ist, lag der weltweite Verbrauch im Jahr 2007 zum vierten Mal in Folge über der Produktionsmenge. Im Wirtschaftsjahr 2006/07 dürften weltweit etwas über 25 Millionen Tonnen Baumwollfasern erzeugt worden sein, der globale Bedarf wird auf 26,2 Millionen Tonnen geschätzt. Die größten Verbraucher sind China und Indien: Sie allein absorbieren 55,2 Prozent der gesamten Baumwolle.

Die Unternehmensführung der Association cotonnière africaine, ACA, bat bei ihrem Besuch in Paris am 22. Juni 2007 deutlich um Beistand: “Wenn in den kommenden Wochen nichts getan wird, um die afrikanische Baumwollwirtschaft zu stützen, steht uns eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen bevor.” Durch die Privatisierung von Dagris beunruhigt, betonte Célestin Tiendrebéogo, Präsident der ACA, die Afrikaner müssten ihr Produkt schon heute “unter dem Selbstkostenpreis” verkaufen. Infolgedessen hätten die Baumwollgesellschaften in der Franc-Zone dieses Jahr ein Gesamtdefizit von 350 Milliarden Francs CFA (536 Millionen Euro) eingefahren. Die Erzeuger in den USA hielten nur dank enormer und unfairer staatlicher Subventionen durch – was bereits seit vier Jahren gegenüber der Welthandelsorganisation angeprangert wird. So zahlt die US-Regierung jedes Jahr Subventionen in Höhe von 4,8 Milliarden Euro an rund 25 000 Baumwollproduzenten – das ist das Dreifache dessen, was sie an Entwicklungshilfe für Afrika aufbringt.(13)

Musste man ausgerechnet unter derart schwierigen Marktbedingungen die Privatisierung der Dagris in Angriff nehmen? Die meisten Studien belegen, dass in der afrikanischen Baumwollwirtschaft durch die Privatisierungen der 1990er-Jahre die Produktions- und Verkaufswege zerschlagen wurden, was viele Bauern in Not geraten ließ. Davor hatten die staatlichen Baumwollgesellschaften ihre gesamte Produktion an die örtlichen Fabriken abgegeben. Die neuen privaten Unternehmen sahen sich jedoch nicht mehr verpflichtet, die Ölfabriken mit Baumwollsamen zu versorgen, so dass deren Kapazitäten unausgelastet blieben. Auch ist das sichere Auffangnetz der garantierten Preise verschwunden: Seitdem liegen viele der vom “weißen Gold” abhängigen Länder in einem unseligen Wettbewerb gegeneinander.(14) Dabei würden die afrikanischen Erzeuger gerade in Krisenzeiten ein Instrument wie Dagris für eine abgestimmte und verantwortungsbewusste Politik brauchen. Stattdessen ist der zweite öffentliche Akteur auf diesem Feld, die Agence française de développement, bemüht, ein System der “Preisglättung” zu installieren, das allzu große Kursgefälle ausgleichen soll.

In diesem Kontext ist die Privatisierung von Dagris nun zu einem Politikum geworden. Nach erbitterten Protesten der Beschäftigten, die schließlich auch durch die Minderheitseigner der Unternehmensgruppe unterstützt wurden, hat Senegals Staatspräsident Abdoulaye Wade bei seinem Besuch in Paris am 11. Juni gegenüber Präsident Nicolas Sarkozy auf die Möglichkeit verwiesen, die französische Holding aufzukaufen. Dabei erinnerte der senegalesische Staatschef, auch im Namen von Burkina Faso und Mali, seinen französischen Kollegen an die bedeutsame sozioökonomische Rolle der Baumwolle in Westafrika und erklärte pointiert: “Dagris gehört uns, den Afrikanern.”
Jetzt ist der französische Staatspräsident am Zuge. Die Gelegenheit ist günstig, sein Wahlversprechen einzulösen und zu beweisen, dass es ihm ernst ist mit der angekündigten “neuen Politik der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika”.

Fußnoten:
(1) “Les salariés de Dagris se battent contre une privatisation au goût de fraude”, “L'Humanité

dimanche, Nr. 56, 12. April 2007.
(2) Zum Kursverfall bei der Baumwolle kommt noch der Anstieg der Kraftstoffpreise hinzu, der die Produktionskosten insbesondere in Binnenländern wie Burkina Faso, Mali und Tschad in die Höhe treibt.
(3) Die Gruppe ist in sechs geografischen Zonen vertreten: Frankreich, Mittelmeerraum, Westafrika und südliches Afrika, Indischer Ozean, Zentralasien und Brasilien; www.Dagris.fr.
(4) Das betrifft insbesondere Mali, Benin, Burkina Faso, Tschad, Kamerun, Niger, Togo, Senegal, Zentralafrikanische Republik, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste und Madagaskar.
(5) Bernard Vinay, “La CFDT, outil de la coopération française”, in: “Coton et développement, Sonderausgabe, Paris 1999.
(6) Vgl. André Linard, “Hinhaltender Widerstand”, “Le Monde diplomatique, September 2003.
(7) Vgl. Michel Fichet, “Le coton, moteur du développement”,” Le Monde diplomatique, September 1998.
(8) Vgl. Tom Amadou Seck, “Subventionen gegen Afrika”, “Le Monde diplomatique, Dezember 2005; siehe auch: www.malipages.com/presse/news_ 06_07/ news_0002.asp.
(9) “Le Temps, Abidjan, März 2007.
(10) Sachverständigenbericht über Dagris, vorgelegt von der Groupe Alpha (Finanzanalyse- und Consultingunternehmen mit Schwerpunkt in der Beratung von Betriebsräten) am 4. Juli 2007.
(11) Der Durchschnittspreis hat sich bei 1,28 Dollar (0,90 Euro) pro Kilo Rohbaumwolle im Wirtschaftsjahr 2006/07 eingependelt gegenüber 1,55 Dollar (1 Euro) 2003/04.
(12) Der Afrikanische Baumwollverband ACA vertritt seit 2002 die Interessen der afrikanischen Baumwollgesellschaften auf internationaler Ebene und fördert deren Erfahrungsaustausch in den Bereichen Anbau, Industrie und Handel.
(13) Diese staatlichen Subventionen teilen sich auf in jährlich 3,2 Milliarden Dollar für die Baumwollproduktion und 1,6 Milliarden Dollar für Exportkredite.
(14) Vgl. André Linard, “Cotton-Farmer und Baumwollbauern. Die Folgen der Agrarsubventionen für Westafrika”, “Le Monde diplomatique, September 2003.

Aus dem Französischen von Veronika Kabis

Olivier Piot ist Journalist.

Le Monde diplomatique Nr. 8378 vom 14.9.2007, Seite 20-21, 586 Dokumentation, Olivier Piot